

Antrag

Hannover, den 09.12.2025

Fraktion der CDU

Tonnagebesteuerung für Offshore-Schiffe und -aktivitäten einführen - heimische Offshore-Branche stärken, Energiewende vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Niedersachsen verfügt zwar über ein starkes Fundament im Ausbau der Windenergie an Land, doch die vorhandenen Potenziale werden bislang nicht konsequent ausgeschöpft.

Unverzichtbar für das Gelingen der Energiewende ist dabei der konsequente Ausbau der Offshore-Windkraft. Aufgrund der Nordseeküste kommt Niedersachsen dabei eine besondere Rolle zu. So konzentriert sich der „Ausbau der Offshore-Windenergie in Deutschland (...) vordergründig auf die ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) der Nordsee. Entsprechend ist zum 31.12.2024 die installierte Leistung der deutschen Offshore-Windenergieanlagen mit Netzeinspeisung größtenteils in der Nordsee (7,4 GW) verortet. Auf die Ostsee entfällt deutlich weniger Leistung (1,8 GW).“¹

Offshore funktioniert jedoch nur im Zusammenspiel mit einer leistungsstarken und wettbewerbsfähigen Schifffahrts- und Zuliefererindustrie. Hier kommt unsere Stärke als Hafenland zum Tragen. So verfügt Niedersachsen über mehr als 100 Schifffahrtsunternehmen und ist zudem der zweitgrößte Reedereistandort in Deutschland.² Die niedersächsischen Unternehmen sehen sich jedoch mit Blick auf die Tonnagebesteuerung für Offshore-Schiffe und -aktivitäten einem gravierenden Wettbewerbsnachteil im europäischen Vergleich ausgesetzt.

Um dem in den letzten Jahren verschärften internationalen Wettbewerb, insbesondere durch Drittstaaten, in der Offshore-Branche wirksam begegnen zu können, hat die Europäische Kommission zuletzt mehrfach Tonnagesteuerbegünstigungen für Offshore-Schiffe und -aktivitäten genehmigt. Davor haben u. a. Dänemark, die Niederlande und Norwegen Gebrauch gemacht.³ Obwohl eine Vielzahl deutscher und speziell niedersächsischer Reedereien und Unternehmen inzwischen im Offshore-Segment tätig ist, sei es beispielsweise bei der Errichtung, dem Transport von und der Versorgung mit Material oder Personal oder der Wartung, gibt es eine vergleichbare Regelung in Deutschland bis dato nicht.

Eine Studie einer großen Beratungsgesellschaft aus dem Jahr 2024 geht davon aus, dass eine solche Regelung „erhebliche Chancen für die deutsche maritime Industrie im Offshore-Sektor einschließlich des Schiffbauensektors und dessen Zulieferern bieten und zudem die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Häfen als Basishäfen für Schiffe erhöhen (können), die im Offshore-Bereich aktiv sind.“⁴ In der Tonnagesteuerbegünstigung für Offshore-Schiffe und -aktivitäten erkennt die Studie zudem einen starken Standortvorteil mit Blick auf Wertschöpfung, Beschäftigung und Wachstum. Als Beispiel

¹ Bundesverband WindEnergie e. V.: Status des Offshore-Windenergieausbaus – Jahr 2024, Berlin, 04.02.2025, S. 2, abrufbar unter: https://www.wind-energie.de/fileadmin/redaktion/dokumente/publikationen-oefentlich/themen/06-zahlen-und-fakten/20250204_Status_des_Offshore_Windenergieausbaus_Jahr_2024.pdf

² Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung: Niedersachsen – Energiewandeland Nr. 1. Standortbroschüre, Hannover, März 2023, S. 26 f., abrufbar unter: https://www.nds.de/fileadmin/pdf_datasheets/230317_mw_standortroschuere_de_ansicht.pdf, (zuletzt aufgerufen am 07.10.2025).

³ PwC (2024): Tonnagebesteuerung 2024 – Reformoptionen und Wettbewerbsfähigkeit des Schifffahrtsstandorts Deutschland, Frankfurt a. M.

⁴ Ebenda, S. 68.

dient der Gesellschaft der dänische Hafen Esbjerg, in dem sich nach der Anpassung zahlreiche im Offshore-Segment tätige Unternehmen angesiedelt und für starkes Wachstum gesorgt hätten.⁵

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Tonnagesteuerbegünstigungen für Offshore-Schiffe und -aktivitäten im Rahmen der von der EU-Kommission eröffneten Möglichkeiten umgesetzt werden; Ziel ist eine Ausweitung der deutschen Tonnagesteuerregelungen auf Offshore-Schiffe (Errichter-, Service- und Versorgungsschiffe) als begünstigte Schiffstypen,
2. gemeinsam mit den niedersächsischen Häfen, Reedereien und Zulieferbetrieben eine Strategie zur Stärkung der Offshore-Schifffahrt und maritimen Zulieferindustrie zu erarbeiten, um die Wertschöpfung entlang der Küste zu sichern und auszubauen,
3. die Entwicklung, Ausbildung und Weiterbildung maritimer Fachkräfte im Offshore-Segment gezielt voranzutreiben.

Begründung

Um die Energiewende erfolgreich zu gestalten, ist ein massiver Ausbau der Windenergie an Land und auf See erforderlich. Die Ausbauziele sind hinlänglich formuliert. Niedersachsen hat die Chance, nicht nur Treiber und Möglichmacher, sondern auch Profiteur der Energiewende insgesamt sowie der On- und Offshore-Windenergie im Speziellen zu werden.

Voraussetzung hierfür ist der Abbau bestehender Wettbewerbsnachteile, damit die natürlichen und wirtschaftlichen Standortvorteile des Landes bestmöglich genutzt werden können. Niedersachsen steht dabei im intensiven Wettbewerb mit europäischen und außereuropäischen Staaten. Soll dieser Wettbewerb im Sinne des Wirtschaftsstandortes entschieden werden, sind bestehende Hemmnisse, wie die bislang nicht vorgesehene Tonnagesteuerbegünstigung für Offshore-Schiffe und -aktivitäten, konsequent zu beseitigen.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin

⁵ Ebenda